

Antrag

der Abgeordneten Dr. Todenhöfer, Dr. Marx, Höffkes, Dr. Köhler (Wolfsburg), Kunz (Berlin), Dr. Hüscher, Frau Fischer, Dr. Hoffacker, Werner, Amrehn, Klein (München), Graf Huyn und der Fraktion der CDU/CSU

Vietnamflüchtlinge

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sofort die haushaltsmäßigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die 1973 den damaligen Staaten Südvietnam und Nordvietnam für ein Wiederaufbauprogramm bereitgestellten Mittel so rasch wie möglich für Vietnamflüchtlinge sowie für Länder in Südostasien, die diese Flüchtlinge aufnehmen, eingesetzt werden,
2. die sowjetische Regierung aufzufordern, ihren Einfluß auf Vietnam im Interesse einer Beendigung der vietnamesischen Vertreibungspolitik geltend zu machen,
3. darauf hinzuwirken, daß die Europäische Gemeinschaft und die Organisationen der multilateralen Entwicklungshilfe jede Unterstützung Vietnams solange aussetzen, bis Vietnam seine Politik der Vertreibung und der Ausrottung ganzer Volksgruppen beendet,
4. die Vertreibungspolitik Vietnams in der UN-Vollversammlung zur Sprache zu bringen und
5. die Gesamtaufnahmekquote für Vietnamflüchtlinge erheblich aufzustocken und das Verfahren zur Ansiedlung in der Bundesrepublik Deutschland zu vereinfachen.

Bonn, den 3. Juli 1979

Unterschriften und Begründung umseitig

Dr. Todenhöfer

Dr. Marx

Höffkes

Dr. Köhler (Wolfsburg)

Kunz (Berlin)

Dr. Hüscher

Frau Fischer

Dr. Hoffacker

Werner

Amrehn

Klein (München)

Graf Huyn

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

1. Seit der kommunistischen Eroberung und Machtübernahme wurden in Südvietnam, Kambodscha und Laos Hunderttausende von Menschen aus politischen, religiösen oder rassistischen Gründen verfolgt und getötet. Hunderttausende von Flüchtlingen und Vertriebenen drängen seither in die südostasiatischen Nachbarländer. Zehntausende von Vietnamflüchtlingen sind im Meer ertrunken.
2. Durch das Verhalten der jetzigen Regierung Vietnams wurde nicht nur menschliches Leid in unermeßlichem Ausmaß geschaffen. Auch die politische und wirtschaftliche Stabilität der südostasiatischen Nachbarländer wird aufs äußerste gefährdet. Vietnam betreibt gegen diese Staaten eine friedensgefährdende Politik der gezielten Infiltration und Subversion. Ohne die politische Absicherung durch die Sowjetunion wäre die gegenwärtige Politik Vietnams nicht durchführbar.
3. Die westlichen Länder sind durch die Politik Vietnams und das Flüchtlingsproblem nicht nur humanitär und moralisch sondern auch politisch gefordert. Alle außenpolitischen Möglichkeiten, insbesondere die Einwirkungsmöglichkeiten auf die Sowjetunion, das Forum der UN-Vollversammlung und die Organisationen der multilateralen Entwicklungshilfe müssen dafür eingesetzt werden, die kommunistischen Staaten Indochinas zu einer Änderung ihrer Politik zu bringen.

Ein Appell an andere Länder und internationale Institutionen ist nur glaubwürdig, wenn die Bundesrepublik Deutschland bereit ist, selbst politisch und finanziell zu handeln. Im finanziellen Bereich sollte die Bundesregierung auf die 89 Mio DM, die 1973 als Wiederaufbauhilfe für Südvietnam und Nordvietnam bereitgestellt worden waren, aber nicht abgeflossen sind, zurückgreifen. Die Voraussetzungen für diese Aufbauhilfe, die als Beitrag zu einer friedlichen Lösung zwischen Nord- und Südvietnam geplant war, sind durch die vertragswidrige Eroberung Südvietnams durch den kommunistischen Norden ohnehin weggefallen. Die Bundesregierung sollte diese Mittel den Vertriebenen zur Verfügung stellen und nicht den Vertreibern.